

Antrag E 001: Mit vereinter Kraft für eine demokratische, solidarische und diskriminierungsfreie Gesellschaft

Laufende Nummer: 1002

Antragsteller*in:	Gewerkschaftsrat
Status:	Angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Auf diesen Antrag verweisende Anträge:	E 001 - I 001, E 002, E 004, E 006, E 009, E 052, E 053, E 054, E 055, E 056, E 058, E 060, E 063, E 065, E 066, E 068, E 076, E 077, E 080, E 081
Sachgebiet:	E - Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik Untersachgebiet: E - Allgemein
Antragsblock:	SG E - USG E.1 Allgemein - Einzelabstimmung
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 235 (Änderungsempfehlung) - Ergänzung

1 Die vergangenen Jahre waren von einer Gleichzeitigkeit großer Krisen geprägt, wie es
2 sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr gab. Pandemie, Klimakrise, Russlands Krieg
3 gegen die Ukraine und ihre jeweiligen Folgen haben den gesellschaftlichen
4 Zusammenhalt stark unter Druck gesetzt, Polarisierungen verschärft und Spaltungen
5 vertieft. Vielerorts in Europa und auf der Welt gerieten demokratische Institutionen
6 unter Druck, auch in Deutschland ließ sich in Teilen eine Verrohung des politischen
7 Diskurses beobachten, die die überwiegend bemerkenswerte Solidarität in der
8 Gesellschaft wie phasenweise in der Corona-Pandemie in Form spontaner
9 Nachbarschaftshilfen oder etwa bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine zu
10 überschatten drohte. Rechtspopulisten und Rechtsextreme haben die Unzufriedenheit
11 vieler mit der Coronapolitik und die Sorgen angesichts von Krieg, steigenden
12 Lebenshaltungskosten sowie Unsicherheiten über Folgen des notwendigen klimagerechten
13 Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft genutzt, um Verschwörungserzählungen zu
14 verbreiten, Medien und Medienschaffende, Politiker*innen und Andersdenkende
15 anzugreifen sowie frauenpolitische Errungenschaften ebenso wie wissenschaftliche
16 Erkenntnisse in Frage zu stellen. Und viele der Herausforderungen, vor denen wir
17 stehen, sind noch nicht im Ansatz bewältigt – das Risiko weiterer gesellschaftlicher
18 Spaltung gilt es ernst zu nehmen.

19 Gerade in dieser Zeit kommt es darauf an, konsequent für die Werte einzutreten, für
20 die wir als ver.di stehen: für Solidarität, Demokratie, Freiheit, soziale
21 Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Antirassismus und die Teilhabe aller an der
22 Gesellschaft.

23 Für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft

24 Für eine lebendige Demokratie sind Meinungs- und Pressefreiheit eine existenzielle
25 Voraussetzung. ver.di setzt sich konsequent für Meinungs- und Medienvielfalt ein,
26 denn nur wo diese garantiert sind, wo Medienschaffende zu Bedingungen arbeiten, die
27 ihre Unabhängigkeit sicherstellen, und alle Bürger*innen gleichermaßen fairen Zugang
28 zu Medien haben, kann Demokratie funktionieren.

- 29 • ver.di wird Angriffen auf Medienschaffende, Einschränkungen der
30 Berichterstattung und einer Verknappung der Medienvielfalt ebenso wie der
31 Überwachung von Journalist*innen entgegentreten, mit politischen und rechtlichen

32 Mitteln und praktischer gewerkschaftlicher Unterstützung.

33 ver.di stellt sich auch entschieden physischer wie psychischer Gewalt gegen
34 Beschäftigte des öffentlichen Sektors und im öffentlichen Raum, vom ÖPNV über
35 Rettungs- und Feuerwehrkräfte bis zum Einzelhandel, entgegen. Gewalt ist mit
36 gewerkschaftlichen Prinzipien unvereinbar – ver.di distanziert sich klar von jeder
37 Bewegung oder Vereinigung, die Gewalt gegen andere Menschen aus welchen Gründen auch
38 immer propagiert, fördert oder duldet.

- 39 • ver.di wird die Mitarbeit im DGB im Rahmen der erfolgreichen Initiative „Vergiss
40 nie, hier arbeitet ein Mensch“ weiter fortsetzen und einfordern, dass die
41 Arbeitgeber im Zuge von Gefährdungsanalysen ermitteln müssen, um welche Art von
42 Vorfällen es sich handelt.
- 43 • ver.di setzt sich aktiv für die Sicherheit und einen respektvollen Umgang mit
44 Beschäftigten ein. ver.di sensibilisiert für das Thema und wirkt darauf hin,
45 dass Bürger*innen sich gegen jede Form von Gewalt solidarisieren und die
46 Dienststellen und Betriebe An- und Übergriffe auf ihre Beschäftigten
47 entsprechend ahnden und Maßnahmen ergreifen, diesen vorzubeugen. Dafür treten
48 die ver.di-Gremien, die betrieblichen Vertrauensleute, Personalräte und
49 Betriebsräte ein.

50 ver.di steht für eine vielfältige, inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft.

51 ver.di setzt sich ein für eine Gesellschaft, die von vornherein die vielfältigen
52 Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt und in der alle Menschen ohne Unterschied
53 gleichberechtigt zusammenleben. Unsere Mitglieder sind so vielfältig wie die
54 Gesellschaft selbst. Wir setzen uns ein für Gleichberechtigung und gleiche Teilhabe
55 aller an der Gesellschaft und in der Arbeitswelt. Eine Kultur der Inklusion, der
56 Nichtdiskriminierung, und der Vielfalt zielt auf gleiche Chancen unabhängig von
57 Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit, kultureller Identität,
58 geschlechtlicher Zuordnung bzw. Identität für Menschen jeden Alters, wie auch auf
59 gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen. ver.di stellt
60 sich gegen Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art –
61 in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft.

62 Einem frauen- und gleichstellungspolitischen Rollback und Angriffen auf Frauenrechte
63 stellt sich ver.di konsequent entgegen:

- 64 • ver.di setzt sich weiter dafür ein, dass die frauenpolitische Perspektive
65 verstärkt in alle Politikfelder integriert und Frauenrechte konsequent
66 durchgesetzt werden. Hierzu bedarf es neben dem Ausbau von Kinderbetreuungs- und
67 Bildungseinrichtungen, einer Lohnersatzleistung für die Pflege von Angehörigen,
68 dringend der Aufwertung von so genannten Frauenberufen und ebenso der besseren
69 Absicherung von Frauen in Krisenzeiten.
- 70 • ver.di setzt sich für die partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und
71 Sorgearbeit ein, um Frauen eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen
72 im Lebensverlauf und im Alter.
- 73 • Sexismus und Diskriminierungen von Frauen* stellen wir uns entgegen. Wir fordern
74 die Arbeitgeber auf eine Betriebskultur zu schaffen, in der Hass, Hetze,
75 sexuelle Belästigungen und Gewalt gegenüber Beschäftigten entschieden unterbunden
76 wird. Hierzu gehört ebenso ein deutliches Zeichen gegenüber Dritten. Und es gilt

77 ebenso für digitale Gewalt, die sich erheblich ausgeweitet hat.

78 • Ein Gleichstellungsscheck für alle politischen Maßnahmen und Gesetze muss
79 Grundlage für das Handeln der Regierung sein, um Geschlechtergerechtigkeit von
80 Anfang an im Blick zu haben.

81 Wir setzen uns entschieden ein für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller
82 Vielfalt und treten Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts und / oder der
83 sexuellen Orientierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft entschieden entgegen.
84 ver.di

85 • fordert daher die Schließung der Lücken im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
86 (AGG) und die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes auf staatliches Handeln im
87 Rahmen von Landesantidiskriminierungsgesetzen. Insbesondere gilt es durch die
88 verbindliche Einrichtung eines betrieblichen Beschwerdeablaufs, die Streichung
89 der Privilegien kirchlicher Arbeitgeber und die Ausweitung des kleinen
90 Verbandsklagerechts auf Personalräte den Schutz vor Diskriminierung in der
91 Arbeitswelt durch das AGG zu verbessern,

92 • wirkt an der Umsetzung des Aktionsplans „Queer Leben“ der Bundesregierung mit,
93 • setzt sich für die Umsetzung der ILO-Convention 190, dem Übereinkommen über die
94 Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt ein.

95 • setzt sich, auch im Rahmen des DGB, auf politischer Ebene für einen
96 selbstbestimmten Geschlechtseintrag im Personenstandsgesetz sowie für eine
97 trans-inklusive Gesellschaft mit modernem Abstammungsrecht ein, das LSBTIQ*
98 nicht diskriminiert,

99 • sensibilisiert für die Aufnahme von Verantwortungsgemeinschaften – die laut
100 Koalitionsvertrag der Bundesregierung als Rechtsinstitut eingeführt werden
101 sollen, um es zwei oder mehr Personen jenseits von Liebesbeziehungen oder der
102 Ehe zu ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen – auch in
103 die eigene Tarifarbeit.

104 Klare Kante gegen rechts, Rassismus und Antisemitismus

105 Die Angriffe auf die vielfältige, solidarische Gesellschaft von rechts haben in der
106 letzten Zeit zugenommen, bis weit ins konservative Lager hinein. Als ver.di stellen
107 wir uns rechter Hetze und Angriffen auf Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer
108 sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder
109 sonstiger Merkmale konsequent entgegen. Im Kampf gegen rechts und für eine offene und
110 vielfältige Gesellschaft kommt uns als Gewerkschaft eine wichtige Rolle zu: Oftmals
111 zählen wir durch unseren Zugang zu den Betrieben und Dienststellen zu den wenigen
112 verbleibenden gesellschaftlichen Akteuren, die noch Zugang zu den Menschen haben und
113 rechter Stimmungsmache etwas entgegensetzen können. Wo Mitbestimmung nicht verhindert
114 oder unterdrückt, sondern gelebt oder gegen die Arbeitgeber erkämpft wird, erleben
115 unsere Kolleg*innen in der Arbeit im Betrieb Demokratie ganz praktisch, dass ihr
116 gemeinsames Handeln einen Unterschied macht, indem sie kollektiv gestaltenden
117 Einfluss auf ihren Arbeitsalltag nehmen können. Gute und beteiligungsorientierte
118 Gewerkschaftsarbeit in Betrieben und Dienststellen ist deshalb das beste Mittel gegen
119 rechte Hetze. Das gilt erst recht für die Tarifpolitik, denn durch unsere gemeinsame
120 Tarifarbeit mit den Kolleg*innen verbessern wir die Arbeits- und Lebensbedingungen
121 der Menschen und setzen so rechter Agitation solidarische Alternativen entgegen.

122 Schon in den vergangenen Jahren haben wir die Instrumente zur Stärkung der aktiven
123 Beteiligung der Kolleg*innen in unserer Tarifarbeit weiterentwickelt – beispielsweise
124 die Tariffbotschafter*innen, Arbeitsstreiks und Mehrheitspetitionen im öffentlichen
125 Dienst. So und durch Präsenz im Betrieb in Zusammenarbeit mit unseren
126 Aktivenstrukturen, durch Aufklärung und gute, praktische und beteiligungsorientierte
127 kollektive Betriebs- und Tarifarbeit setzen wir den Rechten etwas entgegen. Dies
128 wollen wir in Zukunft weiter ausbauen. Nicht zuletzt werden wir auch weiterhin
129 Einfluss auf die Politik nehmen, auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene.

130 Seit langem arbeitet ver.di aktiv in Bündnissen mit anderen demokratischen und
131 antifaschistischen Organisationen gegen Organisationen, Veranstaltungen und Parteien
132 außerhalb des demokratischen Spektrums wie die AfD zusammen und stellt sich auch
133 gegen neuere Gruppierungen wie „Querdenken“. Auch im Betrieb stellt sich ver.di
134 rechter Stimmungsmache und rechten Gruppierungen sowie Pseudogewerkschaften wie dem
135 kürzlich gegründeten „Zentrum Gesundheit und Soziales“ entgegen und klärt über deren
136 Charakter auf. ver.di sucht zudem das Gespräch mit Mitgliedern, die nach rechts
137 abzurufen drohen, um sie aufzuklären, und schließt im Zweifelsfall auch Mitglieder,
138 die sich dennoch in Wort, Schrift oder Tat rechtsextrem, rassistisch,
139 menschenverachtend oder gewerkschaftsfeindlich äußern, für entsprechende
140 Organisationen werben oder darin Mandate bekleiden, im Rahmen der satzungsrechtlichen
141 Möglichkeiten aus. Diese seit langem geübte Praxis hat ver.di 2019 auf dem 5.
142 Bundeskongress formell noch einmal beschlossen und wird weiterhin entschieden daran
143 festhalten. Das gilt selbstverständlich auch dafür, dass ver.di nicht mit
144 rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen und Organisationen
145 zusammenarbeitet, ihnen keine Räume zur Verfügung stellt, keine Funktionär*innen und
146 Mandatsträger*innen entsprechender Organisationen einlädt, sondern vielmehr die
147 politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen rechts konsequent fortsetzt.

148 Darüber hinaus sind aber auch die demokratischen Parteien in Regierungsverantwortung
149 gefordert, ihrerseits mit entsprechender Gesetzgebung, Programmen und Initiativen die
150 Demokratie zu verteidigen und auszubauen.

- 151 • ver.di fordert von der Bundesregierung wirkungsvolle Maßnahmen und eine
152 nachhaltige Gesamtstrategie beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
153 Antisemitismus umzusetzen. Beratungsstellen für die Opfer rechter Gewalt müssen
154 umfassend und dauerhaft gefördert werden.
- 155 • ver.di fordert unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstrukturen, an die sich
156 Betroffene von institutionellem Rassismus und anderen Diskriminierungen durch
157 Behörden und staatliche Einrichtungen wenden und an die auch Hinweise zu
158 sonstigem behördlichem und / oder staatlichem Fehlverhalten gemeldet werden
159 können.
- 160 • ver.di wird sich weiterhin für ein wirksames Demokratiefördergesetz einsetzen,
161 das die langfristige Finanzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen absichert
162 und Demokratieförderung nicht bloß im Sinne einer „Extremismusprävention“
163 begreift, sondern auch die Kinder- und Jugendarbeit und die Arbeitswelt
164 einschließt und deren Ziel die Förderung der Teilhabe aller in einer
165 vielfältigen Gesellschaft ist.

166 Die Grenzen zwischen der Wahrnehmung von Menschen als Angehörige bestimmter Gruppen
167 und ihre unterschiedliche Bewertung sind oft fließend. Letzteres schwingt teilweise

168 im täglichen Sprachgebrauch implizit mit und ist in Institutionen und
169 Alltagspraktiken verfestigt, auch wenn die Akteure selbst nicht die Absicht haben, zu
170 diskriminieren oder rassistisch zu handeln. „Struktureller Rassismus“ in diesem Sinne
171 findet sich in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft – in Institutionen wie Schule,
172 Polizei, Gesundheitswesen oder öffentlicher Verwaltung, in der Privatwirtschaft, an
173 Orten des zivilgesellschaftlichen Engagements wie in Vereinen, gewiss auch im
174 Organisationsbereich von ver.di, in privaten Beziehungen. Sensibilisierung und
175 Aufklärung sind dabei zentral, um damit einhergehende Diskriminierungen abzubauen und
176 offenem Rassismus vorzubeugen und ihn zurückzudrängen.

177 Rassismus verhindert die gleiche Teilhabe aller Menschen an Gesellschaft und
178 Arbeitsleben, weder in der Gesellschaft noch im Betrieb darf er sich weiter
179 ausbreiten, dafür tritt ver.di ein – öffentlich, auf politischer Ebene und in den
180 Betrieben und Dienststellen: Die meisten Diskriminierungserfahrungen werden im
181 Arbeitsleben gemacht und Beschwerden aufgrund rassistischer Diskriminierung machen
182 den größten Teil der an die Beratungsstellen und die Antidiskriminierungsstelle des
183 Bundes gemeldeten Fälle aus. Deshalb setzen wir uns als ver.di auch weiterhin im
184 Betrieb und in der Dienststelle konsequent gegen rassistische Diskriminierung ein.
185 Die Erfahrung zeigt, dass proaktive kollektive Adressierung rassistischer
186 Diskriminierung am Arbeitsplatz nicht nur moralisches Gebot ist, sondern auch den
187 Zusammenhalt und die Konfliktfähigkeit der Kolleg*innen im Betrieb stärkt – und nicht
188 zuletzt Mitgliederpotenziale birgt.

- 189 • ver.di wird auch weiterhin Fälle von rassistischer Diskriminierung am
190 Arbeitsplatz offensiv angehen und in Zusammenarbeit mit Betriebs- und
191 Personalrät*innen betroffene Mitglieder aktiv unterstützen, gegebenenfalls auch
192 durch Gewährung des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes.
- 193 • ver.di wird die Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung u.a. in der
194 Bildungsarbeit weiterführen, wissenschaftlich basiert und zielgruppengerecht
195 aufbereitet.
- 196 • Zum Auftrag von Betriebs- und Personalrät*innen zählt das Vorgehen gegen
197 Diskriminierung. Damit sie über ausreichend Wissen und Praxiserfahrung verfügen,
198 um diesem Auftrag gerecht zu werden, werden wir das Thema stärker in den
199 Regelseminaren für betriebliche Interessenvertretungen aufgreifen.

200 Für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft und einen menschlichen Umgang mit 201 Geflüchteten

202 ver.di bringt sich auch in die Ausgestaltung der solidarischen
203 Einwanderungsgesellschaft ein. Wir vertreten die Interessen unserer Mitglieder, die
204 selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind. Wir setzen uns für
205 Teilhabe und gleiche Rechte ein nicht nur im Betrieb, sondern auch auf politischer
206 Ebene.

- 207 • Wir setzen uns für die Erleichterung der Einbürgerung und Ermöglichung von
208 Mehrstaatlichkeit ein. ver.di unterstützt die Vorhaben der Ampel-Koalition, das
209 Staatsbürgerschaftsrecht zu reformieren und die Voraufenthaltszeiten zur
210 Erlangung der Staatsbürgerschaft deutlich zu verkürzen und damit an die
211 Regelungen der meisten Länder in Europa anzupassen.
- 212 • ver.di fordert die Ausweitung des Wahlrechts auf alle Menschen, die bereits seit

213 mehreren Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

214 • Wir fordern ein Bundespartizipationsgesetz mit fest zu erreichenden Zielmarken;
215 darüber soll der öffentliche Dienst seinen Anteil an Beschäftigten mit
216 Migrationsgeschichte gezielt steigern. ver.di und die Personalräte sind in
217 diesen Prozess aktiv einzubeziehen.

218 Menschen, die vor dem Krieg aus der Ukraine fliehen, erhalten in den Ländern der EU
219 ohne individuelles Asylverfahren eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. ver.di hat
220 diese Entscheidung begrüßt. Doch es darf nicht zweierlei Maß für die Menschenwürde
221 geben. ver.di setzt sich für die gerechte und humanitäre Behandlung Geflüchteter und
222 für das gleiche Recht auf Sozialleistungen für alle in Deutschland lebenden Menschen
223 ein, ohne diskriminierende Unterschiede. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss
224 abgeschafft und die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem
225 einbezogen werden. Ebenso muss die Überlastung der Ausländerbehörden politisch
226 beendet werden. Wenn Geflüchtete keine Aufenthaltserlaubnis bekommen, Arbeitende
227 keine Verlängerung der Arbeitserlaubnis und Geduldete keine Verlängerung ihrer
228 Duldung, wird weder der proklamierte Neuanfang in der Migrationspolitik noch die
229 Intensivierung der Fachkräfteeinwanderung gelingen. Um die Arbeitsbelastung zu
230 senken, wäre es ein schneller Schritt, die Anzahl der Termine bei den
231 Ausländerbehörden zu reduzieren, unzumutbare Regelungen zum Beispiel bei der
232 Passbeschaffung aufzugeben und Verfahren zu digitalisieren.

233 Zum inländischen Beschäftigtenpotenzial zählen in gleicher Weise wie andere Gruppen
234 bereits hier lebende Migrant*innen und Geflüchtete. Eine Voraussetzung für die
235 Arbeitsaufnahme ist ein sicherer Aufenthalt, eine Arbeitserlaubnis und der Wechsel
vom Asyl- ins

236 Aufenthaltsrecht (Spurwechsel). Das von der Bundesregierung Ende 2022 eingeführte
237 Chancenaufenthaltsrecht für geduldete Geflüchtete reicht dafür nicht aus. ver.di
238 fordert die Verlängerung der Probeaufenthaltszeit und der Stichtagsregelung. Das
239 Grundrecht auf Asyl ist in der EU unter solchem massiven Druck, dass es einer
240 Abschaffung gleichkommt, wenn sämtliche Vorhaben bei der Reform des Gemeinsamen
241 Europäischen Asylsystems umgesetzt werden. Für das Sterben an Europas Grenzen ist
242 eine Asylpolitik verantwortlich, die Schutzsuchende dazu zwingt, ihr Leben zu
243 riskieren, um Schutz erhalten zu können. ver.di fordert:

- 244 • ein EU-weites solidarisches System zur Aufnahme von Geflüchteten und sichere und
245 legale Möglichkeiten in der EU einen Antrag auf Schutzgewährung zu stellen;
- 246 • die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung ein für alle Mal zu beenden und
247 Seenotrettung wieder als staatliche Aufgabe auf europäischer Ebene zu verankern;
- 248 • keine weiteren illegalen Pushbacks und Pullbacks.

249 Einheitsgewerkschaft in der Einwanderungsgesellschaft zu sein, heißt Vielfalt aktiv
250 zu leben und strukturelle Benachteiligung auch intern zu überwinden. Vielfalt in
251 ver.di soll sich in unseren Entscheidungsstrukturen und Gremien stärker abbilden.
252 Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in der Arbeitswelt und der
253 eigenen Organisation ist es für die Stärkung unserer Gewerkschaft von besonderer
254 Wichtigkeit, offener und durchlässiger zu werden. Dafür sind politische Strategien
255 erforderlich, die messbare Ergebnisse erzielen. Bereits eingeleitete, konkrete
256 Maßnahmen zeigen bereits positive Veränderungen. Sie werden fortgeführt und stärker

